

AUTOINDUSTRIE

BMW will 8000 Stellen streichen

BMW startet ein umfangreiches Sparprogramm. Im nächsten Jahr will der BMW-Konzern insgesamt rund 8000 Arbeitsplätze streichen. Der Stellenabbau soll nach Angaben von Personalvorstand Ernst Baumann „auf dem BMW-eigenen Weg, nämlich einvernehmlich mit den Arbeitnehmern“, geschehen. Den größeren Teil der Arbeitsplätze will BMW dadurch einsparen, dass die Münchner weniger Zeitarbeiter einsetzen. Aber auch bei der Stammebelegschaft von derzeit 107 700 Menschen sollen mehrere tausend Stellen wegfallen. Dazu will der Autobauer die Altersteilzeit nutzen, die Arbeitsplätze ausscheidender Mitarbeiter nicht mehr besetzen und Beschäftigte durch Abfindungsangebote zum freiwilligen Abgang animieren. Hintergrund: BMW-Chef Norbert Reithofer will die Rendite des Unternehmens deutlich erhöhen, die hinter der des Konkurrenten Mercedes-Benz zurückbleibt. Die Pro-

duktivität in den Fabriken soll internen Plänen zufolge zwischen fünf und zehn Prozent jährlich steigen. Da der Absatz

nicht in gleichem Umfang erhöht werden kann, muss BMW Jobs streichen. Die Stellen dürften vor allem in Deutschland wegfallen. Im US-Werk Spartanburg und in China wollen die Münchner dagegen ihre Produktion deutlich ausweiten. Dort sollen sogar zusätzliche Arbeiter eingestellt werden.



STEFAN KEEFER

BMW-Produktion (in Regensburg)

RENTENVERSICHERUNG

Krach um Kontrolleure

Die Deutsche Rentenversicherung (DRV) wehrt sich gegen Pläne, die Selbstverwaltungsgremien der Sozialkassen zu entmachten. Gegen entsprechende Vorschläge sei „eine gemeinsame Positionierung“ der Sozialversicherungsträger notwendig, heißt es in einem Beschluss der Vertreterversammlung der DRV. Auslöser ist die Ideenskizze einer Gutachtergruppe für das Bundesarbeitsministerium, die eine grundlegende Reform des Wahlverfahrens für die Aufsichtsgremien von gesetzlichen Alters- oder Krankenkassen enthält. Diese sollen sich danach künftig aus drei Personengruppen zusammensetzen: den Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie den sogenannten Repräsentanten der Öffentlichkeit. Während die Gutachter vorschlagen, die Delegierten der Tarifparteien von den staatlichen Aufsichtsgremien ernennen zu lassen, sollen die Repräsentanten der Öffentlichkeit von den Versicherten gewählt werden. Dadurch könnten die „demokratischen Grundlagen der Selbstverwaltung verbessert“ werden, heißt es in dem Papier. Heute werden die Verwaltungsratsposten häufig zur Hälfte von Arbeitgebern und Gewerkschaften de facto bestimmt.



PAUL LANGROCK / ZENIT

DRV-Sitz (in Berlin)

ÜBERNAHMEN

Postbank wollte AWD kaufen

Im Verkauf von Anlageprodukten will die Postbank massiv Marktanteile gewinnen. Doch der Plan, einen großen Finanzvertrieb zu übernehmen, scheiterte vor zwei Wochen. Bis zuletzt buhlten die Postbank und der Versicherungsgigant Swiss Life um die Übernahme von AWD. Beraten von der Großbank UBS, bot die Deutsche-Post-Tochter am Ende denselben Preis wie die Swiss Life, bis zu rund 1,2 Milliarden Euro. Die Familie von AWD-Gründer und -Großaktionär Carsten Maschmeyer gab jedoch den Schweizern den Zuschlag. Unter anderem kassiert sie für ein 20-Prozent-Aktienpaket etwa 230 Millionen Euro. Als Begründung, weshalb die Postbank nicht zum Zug kam, kursieren zwei Versionen: Maschmeyer wollte die Forderung der Post-

bank nach einer vertieften Buchprüfung nicht erfüllen, behaupten die einen. Die Postbank wollte fast nur noch ihre Produkte verkaufen und damit die Unabhängigkeit des AWD nicht garantieren, sagen andere. Tatsächlich plante die Postbank, den AWD im Bereich Sparen und Girokonten nur noch eigene Produkte verkaufen zu lassen. Bei Fonds und Versicherungen sollten dagegen weiterhin mehrere Anbieter berücksichtigt werden. Weder Postbank noch AWD wollen dazu Stellung nehmen. Nach der gescheiterten Übernahme will die Postbank dennoch wachsen. Der mobile Vertrieb soll von 4000 auf 5000 Berater ausgebaut werden. So versucht die Postbank nun, mit einer Anzeigenkampagne gezielt AWD-Mitarbeiter abzuwerben.



H.HOLLEMAN/PICTURE-ALLIANCE/DPA

Maschmeyer